

Der Vorsitzende rief den TOP mit der Vorbemerkung auf, dass die Erkenntnis, dass das Klima nicht nur in Sankt Augustin verändert werden könne, sondern eine internationale Zusammenarbeit vonnöten sei, ein guter Ansatz sei.

Herr Köhler gab an, projekt- bzw. themenbezogene Städtepartnerschaften seit langem zu befürworten. Die vorgeschlagene Partnerschaft steche besonders hervor, da sie den Eine-Welt-Gedanken zur Grundlage habe.

Für ihn liege jedoch die Ukraine derzeit thematisch näher, auch wenn er ausdrücklich das eine nicht gegen das andere ausspielen wolle. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, wolle jedoch zu bedenken geben, dass es angesichts der aktuellen Lage angemessen wäre, sich zunächst darauf zu beschränken, die Partnerschaft virtuell auszuführen und nicht in persona.

Für die Juni-Sitzung des Rates kündigte er einen Antrag der Fraktion AUFBRUCH! hinsichtlich einer Städtepartnerschaft mit der Ukraine an.

Herr Knülle teilte mit, dass sich die SPD-Fraktion frage, wie die Partnerschaft mit Jarabacoa konkret aussehen solle und welche finanziellen und personellen Ressourcen dafür angedacht seien. Das Ziel, Klimapartnerschaften aufzubauen, halte man für richtig und wichtig. Ohne diese wesentlichen Angaben habe man jedoch große Schwierigkeiten damit, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Man sei außerdem der Auffassung, dass in dieser Sache nicht der UStA, sondern der KulturA zuständig sei. Auch wenn das Thema Klima im Vordergrund stehe, bleibe es eine Städtepartnerschaft. Insofern müsse der KulturA mindestens mitberaten.

Herr Pätzold sagte, den Gedanken „global denken und lokal handeln“ halte man grundsätzlich für ganz wichtig. Man stelle sich jedoch auch die Frage, welcher Aufwand für eine solche Klimapartnerschaft in der Verwaltung zu erwarten sei, und sei im Hinblick darauf, dass möglicherweise das lokale Handeln zu kurz kommen könnte, zwiespalten. Im nachfolgenden TOP gehe es um das Energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP). Dieses enthalte viele wichtige, brisante Punkte, bei denen vor Ort gehandelt werden könnte, die momentan jedoch zurückgestellt seien.

Herr Puffe bestätigte, dass Angaben zu der konkreten Ausgestaltung der Partnerschaft sowie den finanziellen und personellen Ressourcen interessant wären. Man gehe davon aus, dass hier keine klassische Städtepartnerschaft angestrebt werde.

Herr Schütze sagte, das hier verfolgte Ziel sei ehrenwert. Natürlich dränge sich aber im Hinblick auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, den gegenseitige Besuche verursachen würden, die Frage auf, ob man nicht besser eine geeignete europäische Kommune suchen würde. Dass die finanziellen Auswirkungen in der Vorlage nicht beschrieben seien, stelle auch für die FDP-Fraktion ein Problem dar.

Interessant wäre auch noch zu wissen, in welchen Themenbereichen Jarabacoa Sankt Augustin voraus sei und Sankt Augustin von Jarabacoa lernen könne.

Herr Gleß berichtete, wie der Gedanke an eine Klimapartnerschaft mit Jarabacoa entstanden ist. Mit der Sitzungsvorlage wolle man zunächst schauen, ob diese Idee auf die Zustimmung des Ausschusses treffe. Vorher mache es keinen Sinn, Handlungskonzepte etc. auszuarbeiten.

Andere Ausschüsse, wie z.B. der KulturA, müssten natürlich mitberaten, darüber sei er sich mit der Vorsitzenden des KulturA auch einig. Angestrebt werde jedoch ausdrücklich keine klassische Städtepartnerschaft im Sinne der drei bereits bestehenden Städtepartnerschaften Sankt Augustins, sondern eine Klimapartnerschaft. Wenn es in diesem Rahmen z.B. um schulische Projekte gehe, sei auch der Schulausschuss mit im Boot. Klimaschutz sei ein Thema, welches über die Grenzen des UStA hinausgehe und viele verschiedene Handlungsbereiche innerhalb der Verwaltung betreffe. Zu glauben, dass andere nur von uns lernen könnten, wäre in seinen Augen mit einer gewissen Arroganz behaftet. Er sei zutiefst davon überzeugt, dass man auch von Ländern lernen könne, die keine Industrienationen seien. Auf der zweiten Seite der Sitzungsvorlage müsse es natürlich „Stadtwerke“ anstelle von „Wasserversorgungsgesellschaft“ heißen.

Herr Kasper betonte, dass die Verwaltung einen Handlungsauftrag habe. Der Aufbau interkommunaler und internationaler Kooperationen sei Teil der Selbstverpflichtung der Mitgliedschaft im Klimabündnis und Bestandteil der Strategien und Maßnahmenplanung im Rahmen der Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes und des Programms zur Erreichung der Klimaneutralität. Dabei sei klar vorgegeben, dass die Klimakooperationen mit den südlichen Entwicklungsländern stattfinden sollten. Im März habe man fristgerecht eine Interessensbekundung für eine Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt beim Ministerium für Wirtschaftsentwicklung abgegeben. Von über 100 Bewerbern sei man ausgewählt worden und habe die Resonanz erhalten, dass der Wunsch bestehe, die Entstehung der Klimakooperation zwischen Sankt Augustin und Jarabacoa zu unterstützen. Das sei eine große Auszeichnung und würdige das bisherige Engagement. Zu den finanziellen Auswirkungen könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht viel sagen. Es gehe zunächst darum, zu entscheiden, ob die Verwaltung den Aufbau der Kooperation im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterverfolgen solle. Bei positivem Beschluss wolle man die Bereitschaft dazu in einem entsprechenden Antwortschreiben an den Bürgermeister von Jarabacoa kundtun. Profitieren würden von dieser Kooperation z.B. die Wissenschaft – die Hochschule habe großes Interesse angemeldet – sowie Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen.

Herr Knülle sagte, die Wortbeiträge habe er so verstanden, dass es der Verwaltung nur darum gehe, ein Signal des Ausschusses zu bekommen. Das Signal habe man aber doch mit Beschluss des Klimaschutzkonzeptes längst gegeben. Der Beschlussvorschlag gehe seinem Verständnis nach viel weiter. Vor allem heiße es darin „im Sinne des Schreibens des Bürgermeisters von Jarabacoa“. Er sehe die Gefahr, dass man Erwartungen wecke, die man möglicherweise, z.B. aus personellen Gründen, gar nicht erfüllen könne. Deshalb schlage er vor, den Beschlussvorschlag umzuformulieren.

Frau Feld-Wielpütz erklärte, man könne sich in weiten Teilen Herr Knülle und Herr Pätzold anschließen. Die Frage nach den personellen Ressourcen dränge sich bei Betrachtung der vielen wichtigen, derzeit zurückgestellten Punkte im EPAP regelrecht auf. Auf der anderen Seite stehe die Bekundung, dass man solche Partnerschaften wolle, das habe man so beschlossen. Man müsse aber schon wissen, welchen Rahmen man setze. Hochinteressant finde sie, dass es bereits Gespräche zu Kooperationen mit der

Hochschule sowie der Umwelt-AG des RSG gegeben habe. Aus ihrer Sicht biete es sich an, die Akteure zur nächsten Beratung des Themas einzuladen und deren Perspektive zu hören. Das würde das Thema für den Ausschuss auch greifbarer machen.

Von der Verwaltung wünsche sie sich nähere Informationen zu einer möglichen finanziellen Förderung der Partnerschaft und zu dem geplanten personellen Ressourceneinsatz. In diesem Zusammenhang brauche es auch eine Aussage dazu, was das für die weitere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes bedeute.

Herr Gleß betonte, dass man das Thema nicht auf die Tagesordnung genommen hätte, wenn man nicht der Meinung sei, dass man es personell stemmen könne.

Wenn man diese Klimapartnerschaft eingehe, werde es nicht die eine Person bei der Stadt Sankt Augustin geben, die alleine alles umsetze. Eine solche Klimapartnerschaft könne nur leben von der Gemeinschaft und der Einbindung von Akteuren wie den Schulen, den Stadtwerken und der Bürgerschaft.

Herr Kasper ergänzte, dass neben dem Bereich Klimaschutzmanagement innerhalb der Verwaltung diejenigen Stellen betroffen seien, die für die entsprechenden Fachthemen, wie z.B. Wasserentsorgung und –aufbereitung, inhaltlich zuständig seien.

Er erinnerte daran, dass man im Rahmen der Vorstellung des Fahrplans zur Umsetzung der Klimaneutralität den zusätzlichen Personalbedarf im Technischen Dezernat benannt habe und u.a. sehr deutlich gesagt habe, dass insbesondere das Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung nur erreichbar sei mit entsprechender personeller Verstärkung.

Herr Kasper erläuterte die verschiedenen Bestandteile des Programms des Bundesministeriums, wie z.B. die Durchführung und Finanzierung von Netzwerktreffen der beteiligten Kommunen.

Es folgte eine Diskussion über die weitere Vorgehensweise und die genaue Formulierung des Beschlussvorschlags. Herr Gleß erklärte in diesem Rahmen auf Nachfrage, dass es im Hinblick auf die Fördermittelakquise keinen Zugzwang bzw. Druck gebe und er eine Umformulierung des Beschlussvorschlags mittragen könne. Herr Puffe beantragte eine Sitzungsunterbrechung

- Sitzungsunterbrechung 19:35 bis 19:48 Uhr –

Der Vorsitzende ließ über den folgenden geänderten Beschlussvorschlag, auf den sich der Ausschuss in der Sitzungsunterbrechung geeinigt hatte, abstimmen: